

# Ganz andere Schulen

## Veränderungen in Sachsens Bildungslandschaft

Heiner Sandig

Es fällt mir immer wieder auf, wie viele ältere Menschen bis heute davon erzählen, dass sie aus ideologisch-politischen Gründen nicht in der DDR Abitur machen durften oder einen bestimmten Beruf erlernen konnten. Das tut auch heute nicht wenigen noch immer weh. Zu DDR-Zeiten selber aber hatten sich die meisten Menschen an diese immer vorhandenen Ungerechtigkeiten im Bildungssystem schon gewöhnt. Dass man nur mit Konfirmation und ohne Jugendweihe eigentlich nicht studieren durfte – das haben die DDR-Bürger ziemlich lautlos hingenommen, und auch dass man nicht Lehrer oder Rechtsanwalt oder Professor ohne kommunistische Lippenbekenntnisse werden konnte. Die Mehrheit der sächsischen Bevölkerung vor vielleicht 30 Jahren fand das sicherlich nicht besonders gut, aber man hatte sich an die Diktatur des SED-Apparates gewöhnt und empfand deshalb deutlicheren Protest als sinnlos. Das war fast bis zum Ende der DDR-Zeit so.

Es war lange Zeit nur eine kleine Minderheit auch in Sachsen, die deutlich gegen die Zustände in der DDR protestierte. Erst 1989 kam es zu der großen Veränderung, dass die Bevölkerung zu vielen Tausenden gegen das Regime protestierte. Die Überzeugung, dass der SED-Staat DDR ewigen Bestand haben würde, war da auf einmal nicht mehr da. Dadurch konnte die Unterdrückung der Bevölkerung nicht mehr funktionieren. Auch ein Großteil derer, die sich an der Unterdrückung der Bevölkerung beteiligt hatten, wollte nun Veränderung. Es war schon sehr merkwürdig damals, dass noch am 6. Oktober 1989 Tausende Jugendliche in FDJ-Uniform wirklich jubelnd in Berlin an Honeckers Tribüne vorbeizogen, wenige Tage später aber die Massen auf der Straße waren gegen die SED-Herrschaft. Die Menschen wollten Veränderung, und das sehr radikal, vergaßen manchmal dabei aber, in welchem Maße sie selber im alten System mitgewirkt hatten.<sup>1</sup>

Am Anfang wollten sie die DDR gar nicht abschaffen. Sie wollten sie aber richtig umgestalten, „liebenswerter, wärmer, bunter, offener, menschlicher und vor allem freier machen. Ein Land, das selbstbewusst und gelassen, vielleicht auch vorbildlich im Kreis der Völker lebt“ – so formuliert es der sächsische Bürgerrechtler Hans-Jörg Weigel viele Jahre später.<sup>2</sup> Und so wurde in den Jahren 1989 und 1990 viel diskutiert und auch gestritten über die zukünftige Bildung im Land, wie die Schulen und Universitäten einmal aussehen sollten. Ganz sicher hat man da auch geträumt. Nie wieder sollte es so wie zu DDR-Zeiten sein, als eine Partei und ihre Ideologie alle Bildung, Kultur und Weltanschauung beherrschen wollte!

Der Allgemeinbildung sollte eine viel größere Bedeutung beigemessen werden. Ein Studium generale am Anfang eines jeden Fachstudiums sei besonders wichtig, die Grundlagen der Philosophie und Kultur sollte für alle am Anfang stehen. Und im Fachbereich sollte es viel europäischer und internationaler zugehen, Grenzen aller Art sollten überschritten werden. Bestimmte Professoren sollten nicht mehr lehren, oft gab es an den Hochschulen starke Mitbestimmungstendenzen durch die Studenten, die ein Jahr zuvor noch meist gehorsam und linientreu waren.

Ähnlich war die Diskussion unter den Schullehrern, Eltern und älteren Schülern. Die Schule sollte wirklich ganz anders werden! Darüber herrschte weitgehend Einigkeit in den Jahren 1989 und 1990. Die Verklärung des DDR-Schulalltags geschah erst später und hatte wohl auch etwas mit der Resignation von Lehrern, auch mit persönlicher Scham, totalitärer Prägung, fachlicher Überforderung und berufsbedingter Verstrickung in das alte System zu tun – aber diese Gedanken und Gefühle spielten kurz nach dem Zusammenbruch der DDR keine große Rolle.<sup>3</sup>

Jetzt hatten Menschen erst einmal ganz große Sehnsüchte und Hoffnungen auf andere Schu-

1 Erhard Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. 2. Auflage Berlin 1998, S. 25.

2 Eckhard Jesse: Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz. Berlin 2007, S. 165

3 Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland 1998, Nr. 1, S. 112-113.

len und Universitäten in Sachsen. Mit der Neugründung des Freistaates Sachsen dachten viele, weil Bildung zur Landespolitik gehöre, dass jetzt doch alle Möglichkeiten zu ganz neuen Überlegungen auf diesen Gebieten bestünden – ganz andere Schulen und ganz andere Hochschulen könnten im Lande entstehen, anders als früher in der DDR, aber auch anders als in der alten Bundesrepublik! Bald mussten sie aber erkennen, dass das so nicht möglich war. Weil der Freistaat Sachsen zur Bundesrepublik Deutschland natürlich gehörte, war vieles in der Neuordnung nicht möglich.

Nach meiner Erinnerung war die erste Wahlperiode des Sächsischen Landtages von der Diskussion über die zukünftigen Schulstrukturen sehr geprägt. In der alten Bundesrepublik favorisierten die Unionsparteien im Prinzip immer ein gegliedertes System mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium, während die Sozialdemokraten traditionell eher für ein eingliedriges Schulsystem eintraten. Die Diskussion über die Strukturen wurde dann auch

bald in die Landtage der sogenannten neuen Länder geführt, manchmal wohl fast heftiger als im Westen. In Sachsen kam es zu einer sehr klugen Entscheidung, die ganz gewiss mit dem Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf zusammenhing. Es wurde eine Mittelschule – seit einiger Zeit Oberschule genannt – gebildet, in der der Realschul- und der Hauptschulabschluss erworben werden kann. Daneben gibt es in Sachsen auch die Gymnasien. Es ist so etwas wie ein Mittelweg: gegliedert, aber die nicht ganz so starken Schüler sind nicht ausgegliedert. Ich habe es immer für sehr wichtig gehalten, dass der Freistaat Sachsen die traditionellen bundesrepublikanischen Grabenkämpfe in der Schulpolitik zwischen Union und SPD etwas relativiert hat.

In anderen Bereichen konnte es nicht so gut laufen. Das in vielen Jahren gewachsene Verwaltungsrecht der Bundesrepublik Deutschland war nicht besonders gut dazu geeignet, das Personal an den Schulen und Hochschulen zu erneuern. Neben stasibelasteten Pädagogen

Kinder in der Trinitatis-  
schule in Riesa  
Foto: Allmut Sandig



sollten vor allem Parteisekretäre und Schulleiter und ihre Stellvertreter nicht mehr in den Schulen arbeiten – das war oft ungerecht, gab es doch DDR-Lehrer, die diese Funktionen zwar nicht innehatten, aber die ihnen anvertrauten Kinder besonders hart ideologisch drangsalieren. Oft aber war das Ganze auch ziemlich unwirksam, weil die Gerichte diese Kündigungen nicht akzeptierten. Jedenfalls gab es in den allgemeinbildenden Schulen Sachsens viel zu wenig neue Lehrer und damit auch zu wenig Erneuerung, das ist bis heute deutlich spürbar. An Sachsens Hochschulen und Universitäten hat auch Erneuerung stattgefunden, aber ganz glücklich kann man da auch nicht sein. Irgendwie hatten manche gehofft, dass die Wissenschaftler, die aus politischen Gründen zu DDR-Zeiten nicht Karriere machen konnten, obwohl sie wissenschaftlich zur Spitze gehörten, jetzt bei der Neuausschreibung der Professorenstellen zum Zug kommen würden – aber dem war nicht so. In der Regel wurden die Stellen neu mit Wissenschaftlern aus dem Westen besetzt, weil diese eben mehr Veröffentlichungen und Auslandsaufenthalte usw. vorzeigen konnten. Die Friedliche Revolution war meistens nicht in der Lage, in der DDR erlittenes berufliches Unrecht oder Benachteiligung in der freiheitlichen Demokratie wieder gut zu machen.

Nein, als der Freistaat Sachsen wieder 1990 gegründet wurde, ging es dann in den Gremien des Landtages und der Regierung, wenn Bildungspolitik angesagt war, vor allem um die Gliederungsart des Schulsystems und um die Größe und Art der Hochschulen in Sachsen. Wichtig war da vor allem die Einbindung in den großen deutschen Kontext, später spielte dann auch Europa eine größere Rolle, aber die starken Wünsche und Überlegungen von Studenten und Eltern, Wissenschaftlern und Lehrern speziell in Sachsen hatten nicht mehr erste Priorität. In der ersten Regierungserklärung von Kurt Biedenkopf formulierte er es so, dass es vor allem um die Jugend Sachsens gehen müsse. Sie müsse die gleichen Chancen haben wie die in den westlichen Bundesländern. „Deshalb gehört die Erneuerung der Schule, der beruflichen Ausbildung, der Universitäten ebenso zu den wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre und meiner Regierung wie alle Aktivitäten, die darauf gerichtet sind, junge Menschen zu ermutigen, weiterzubringen, zu engagieren und zu freien, verantwortungsvollen Bürgern zu erziehen.“<sup>4</sup>

Der ersten Regierung Biedenkopf ging es vor allem um die Zukunft der jungen Sachsen im geeinten Deutschland, sie sollten wirkliche

Chancen haben. Zur Vergangenheitsaufarbeitung klingt die Regierungserklärung schon ein wenig hilflos: „Deshalb gehe ich davon aus, dass in Schulen und Universitäten, in den Betrieben und öffentlichen Verwaltungen all diejenigen in das zweite oder dritte Glied zurücktreten, die nicht die Voraussetzungen für verantwortungsvolle, der Zukunft unseres und seinen Aufgaben dienende Positionen erfüllen.“<sup>5</sup>

Allerdings wurde schon wenige Monate nach dem Vollzug der Einheit Deutschlands in Sachsen und den anderen sogenannten neuen Bundesländern die Wirklichkeit der untergegangenen DDR verklärt, nicht nur von den Älteren, sondern auch von den jungen Leuten. Da wurde allen Ernstes behauptet, dass die allermeisten Menschen gut und gerne in der DDR gelebt hätten und dass man heute „gern auf Bananen, Milka-Schokolade und Kiwis verzichten würde, um einiges aus der alten DDR erhalten zu können. Man wird regelrecht seiner eigenen Identität beraubt.“<sup>6</sup> So formulierte es ein Jahr nach der Wiedervereinigung eine Gymnasiastin, Klasse 12, aus Thüringen. Auch unter Studenten wurde oft Ähnliches von sich gegeben.

Sicher war auch unter diesen Umständen der Neuaufbau mit den notwendigen Veränderungen der sächsischen Bildungslandschaft wirklich eine sehr schwere Aufgabe. Um so mehr muss man im Rückblick darüber staunen, dass das alles in allem recht gut gelungen ist und es dabei keine riesengroßen Proteste, Belagerungen und anhaltende Streiks gegeben hat, an die man sich heute noch erinnern würde. Heute gibt es im Freistaat knapp 1.500 allgemeinbildende Schulen mit etwa 350.000 Schülern.<sup>7</sup> 380 Schulen sind in freier Trägerschaft mit rund 61.500 Schülern, das sind knapp 14 Prozent aller Schüler Sachsens einschließlich der Berufsschüler.<sup>8</sup> Rund 106.000 Studenten sind in Sachsen eingeschrieben. 14 staatliche Hochschulen, neun staatlich anerkannte Hochschulen in freier Trägerschaft und zwei Hochschulen der Verwaltung hat das Land.

Jede Beurteilung der gegenwärtigen Stärken und Schwächen der sächsischen Schulen und Hochschulen ist fast immer sehr subjektiv geprägt, das gilt besonders für meine Einschätzung, die vor allem durch persönliche Gespräche in der Familie und im Freundes- und Bekanntenkreis geprägt ist. Vielleicht hat das Ergebnis meines Nachdenkens über die gegenwärtige Bildungspolitik in Sachsen eine gewisse Einseitigkeit, aber ich bin überzeugt, dass ich Folgendes formulieren sollte:

- 4 Plenarprotokoll 1/2, Sächsischer Landtag des Freistaates Sachsen, 1. Wahlperiode, 2. Sitzung, S. 56.
- 5 Plenarprotokoll 1/2, Sächsischer Landtag des Freistaates Sachsen, 1. Wahlperiode, 2. Sitzung, S. 63.
- 6 Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland 1993, Nr. 2, S. 247.
- 7 Medieninformation 72/2015 des Statistischen Landesamts des Freistaates Sachsen, Kamenz.
- 8 Pressemitteilung der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages vom 17. April 2015.

Viele Investitionen in Schulen und Hochschulen hat es gegeben, und die allermeisten Gebäude sind mittlerweile in einem sehr guten baulichen Zustand. Über die Strukturen wird aber nach wie vor ziemlich kontrovers in Sachsen diskutiert. Nicht wenige Menschen in Sachsen kritisieren es nach wie vor, dass die Grundschulzeit mit vier Jahren zu kurz ist und dass die relativ frühe Aufteilung in Oberschüler und Gymnasiasten die soziale Kompetenz nicht stärke. Oft wird in diesem Zusammenhang auf die regionale Bedeutung einer Schule hingewiesen, wichtiger aber scheint mir, dass die Schüler und die Eltern durch die räumliche Nähe gut miteinander Kontakt halten können. Es ist schon sinnvoll, dass ein Zehnjähriger auf dem Lande ohne allzu großen Aufwand seinen Schulfreund besuchen kann.

Viele Schulen mussten in den letzten Jahren in kleineren Orten geschlossen werden, weil die Schüler immer weniger wurden. Das war

schmerzlich, aber wohl meistens notwendig. Aber es erscheint mir jetzt nötig, eine Verständigung darüber zu erreichen, wie Schulen mit weniger Schülern weitergeführt werden können. Ein kluger Kulturwissenschaftler im Lande Brandenburg schlägt für sein Land vor, in Zukunft anders zu denken: „Hier wollen wir Menschen haben, also unterhalten wir eine Schule. [...] Die letzten verbliebenen Schulen in den ländlichen Räumen verdienen einen Vertrauensschutz von 15, besser 20 Jahren. Nur durch solche Verbindlichkeiten werden sich auch junge Familien in Zukunft entscheiden, Räume am Rand zu bevölkern.“<sup>49</sup> Ich bin davon fest überzeugt, dass diese Überlegungen auch für Sachsen wichtig sind.

Bis heute finde ich es richtig, dass in Sachsen die Lehrer keine Beamten geworden sind, abgesehen von Schulleitern und deren Stellvertretern, und nicht einmal da ist das einsichtig. Schulleitungen auf Zeit wären sicher auch

**Benno-Gymnasium in Dresden,**  
eine staatlich anerkannte Schule  
des Bistums Dresden-Meißen  
Foto: wikimedia, X-Weinzar



ein gutes, vielleicht sogar das bessere Modell. Im übrigen ist wohl bei uns die Schulverwaltung – mit wechselnden Namen und Strukturen – im Verhältnis zu den Schulen zu mächtig geworden. Schon kurz nach der Neugründung des Freistaates wurde diese Verwaltung immer größer, heute sind von der Sächsischen Bildungsagentur die staatlichen Schulen bis in Einzelheiten hinein abhängig und fühlen sich gegängelt. Beispielsweise werden die Schulleitungen oft viel zu kurzfristig vor dem neuen Schuljahr über zugewiesene Lehrer informiert. Ganz sicher ist es sehr gut für Sachsen, dass es jetzt so viele Schulen in freier Trägerschaft gibt, sind dort die Verantwortlichen doch oft besonders motiviert, und eine begrenzte Konkurrenz unter den Schulen ist sicher belebend. Auf zwei Dinge sollte man in Zukunft noch mehr achtgeben: Zum einen darf in keiner Schule vergessen werden, dass Zensuren zwar sehr wichtig sind, aber trotzdem keine allumfassende Qualitätsaussage über einen Schüler treffen; zum anderen hat auch heute die Schule, gerade wegen der Indoktrination zu DDR-Zeit, eine politische Bildungsaufgabe, denn nicht jede politische Haltung entspricht unserer Verfassung. Beides, die Relativierung der Zensuren und die politische Bildung am besten im Dialog, muss einen stärkeren Wert bei uns bekommen! Und dann müssen unsere Schulen sehr darauf achtgeben, dass sie sich nicht – auch angeregt durch Europa – zu sehr auf Abitur und Hochschule fixieren, denn eine deutsche Facharbeiterausbildung oder gar der Erwerb eines Handwerksmeister-Titels ist nun wirklich kein Makel.

An den Hochschulen und Universitäten in Sachsen ist manches wie an den Schulen. Durch den sogenannten Bologna-Prozess gefördert, ist der Erwerb der „Urkunde“ mit den Zensuren oft das einzige Ziel, der eigentliche Wert des Studierens wird nachrangig. Zum Teil ist die Verschulung an den Hochschulen weit fortgeschritten. Sicher, dagegen begehren auch Studierende auf, aber sie sind wohl nicht die Mehrheit. Ein ganz großer Gewinn auch in Sachsen ist aber, dass immer mehr junge Leute zum Studium oder zu Praktika ins Ausland gehen. Diese Internationalisierung der Bildung ist ein außerordentlicher Gewinn.

Es hat für mich einen ganz hohen Wert, dass das Studieren ohne das Zahlen von Studiengebühren möglich ist. Natürlich kostet das dem Freistaat auch viel Geld. Deshalb darf auch durchaus auch eine Diskussion darüber geführt werden, dass ein Studium auch einen

Nutzen für die Gesellschaft haben muss. Aber manchmal höre ich da, auch im Zusammenhang mit den Haushaltberatungen des Sächsischen Landtages, falsche Töne. Ein Studium ist doch nicht nur dann sinnvoll für das Land, wenn Ingenieurwissenschaft oder Wirtschaft oder Medizin studiert wird, sondern auch eine philosophische Bildung oder die Kunst oder die Theologie ist für das menschliche Zusammenleben sehr wichtig, sogar die sogenannten „Orchideenfächer“ haben für Sachsen eine große Bedeutung, nicht zuletzt wegen der internationalen Anerkennung. Also bitte in Zukunft mehr Zurückhaltung bei der Diskussion um mögliche Abwicklung von Studienrichtungen!

Die gegenwärtigen Bedingungen für ein Studium in Sachsen sind gut – das wird von fast allen so eingeschätzt. Freilich scheinen manche Studierende überfordert zu sein an den sächsischen Hochschulen, die Gründe dafür vermag ich nicht einzuschätzen. Die Wissenschaftler an den Hochschulen müssen sich sehr viel mit fehlenden Geldmitteln auseinandersetzen. Oft bedauern sie, dass die Forschung mehr zähle als die Lehre, und dass es zwar viele sogenannte Drittmittel gebe, aber zu wenig für die normale Forschung. Sie haben damit wohl recht, auch wenn ich die Einzelheiten nicht beurteilen kann. Jedenfalls fällt mir auf, dass in manchen Fachbereichen fast alle oder gar alle Mitarbeiter neben dem Professor über Drittmittel finanziert werden, auch wenn sie zum Teil Aufgaben in der Lehre wahrnehmen.

Aber das sind Einzelheiten oder Schwierigkeiten in den Bildungsinstitutionen, wie sie wohl immer wieder und überall vorkommen werden und die man angehen muss! Die gegenwärtige Bildungslandschaft in Sachsen ist aber schon sehr gut. Eine relativ unabhängige Institution weist in einem Bericht darauf hin, dass Sachsen seit Jahren die unangefochtene Spitzenposition im Bereich Bildung einnehme, weil hier die Bildungsausgaben über dem bundesweiten Durchschnitt lägen. Und auch im universitären Bereich nehme Sachsen eine Vorreiterrolle ein, weil hier die Professoren im Ländervergleich die meisten Drittmittel einwürben.<sup>10</sup>

Als der Freistaat Sachsen wiedergegründet wurde, haben wir sicher mit ganz anderen Schwerpunkten über die zukünftige Bildungslandschaft in Sachsen diskutiert. Vieles ist besser geworden, als wir es zu erträumen wagten, anderes ist uns nicht so ganz gelungen. Aber wo immer wir Menschen agieren, muss auch korrigiert und erneuert werden.

- 9 Kenneth Anders: Crazy Horse. Kolumnen über Stadt und Land II. Croustier 2012.  
10 Sächsischer Technologiebericht des VDI vom 7. Juli 2015.

#### **Autor**

Pfarrer Heiner Sandig  
1990 bis 2004 und 2008/2009  
Mitglied des  
Sächsischen Landtags,  
1992 bis 2004 Sächsischer  
Ausländerbeauftragter  
Streumen